

Windkraft-Investitionen in Höhe von über 4 Mrd. Euro gefährdet: Regierung bremst zukunftsfähige Regionalwirtschaft

Die heimische Windkraftbranche steht als Kraft aus der Region bereit, Investitionen in Höhe von bis zu 4,7 Milliarden Euro zu tätigen, um Österreich bis 2030 aus aktuellen Krisen heraus zu investieren. Milliarden, die direkt in Österreichs Regionen fließen, tausende Arbeitsplätze schaffen und wichtige Steuereinnahmen generieren. Doch die Unternehmen werden aktuell daran gehindert, zu investieren: Derzeitige Maßnahmen der Regierung bedrohen selbst definierte Ausbauziele – mit spürbaren Folgen für Standort und Regionen.

Wien, am 16.6.25: „Der Windenergiesektor hat das heurige Jahr mit großem Optimismus gestartet: Im Jänner war die Branche bereit in den nächsten drei Jahren drei Milliarden Euro in Österreich zu investieren. Das Investitionspotential ist inzwischen um eine weitere Milliarde gestiegen – gleichzeitig sinkt die Investitionsmöglichkeit rapide: Maßnahmen wie der Budgetkrisenbeitrag und die Ankündigung willkürlich wirkender Maßnahmen bedrohen den Ausbau sicherer, günstiger und regionaler Energie massiv“, warnt Florian Maringer, Geschäftsführer der IG Windkraft. „Vor allem regionale mittelständische Unternehmen stehen am Start, um Österreich aus der Krise heraus zu investieren. Dafür brauchen sie klare und sichere Rahmenbedingungen. Derzeit sehen wir uns vor allem mit Stoppschildern und Tempolimits in diesem Wettrennen konfrontiert. Damit fehlt ein kraftvoller Hebel für Arbeitsplätze am Land, Standortentwicklung und Österreichs Energie-Unabhängigkeit.“

Wirtschaftliche Vernunft statt politischer Willkür

Bereits heute deckt die Windkraft **rund 16 % des heimischen Stromverbrauchs**. In den nächsten Jahren kann der Anteil im Sinne der Energie-Unabhängigkeit in geopolitisch bedrohlichen Zeiten auf bis zu 20 % steigen. „Investitionen in die Windkraft kommen dem ökonomischen Idealziel sehr nahe. Sie verbinden innovative Technologie mit einer hohen inländischen Wertschöpfung, die noch dazu größtenteils außerhalb der Ballungsräume entsteht, also genau dort, wo es ansonsten meist schwierig ist, die Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven der Bevölkerung zu verbessern“, führt Christian Helmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung und Geschäftsführer des Instituts Economica aus.

Allein für **Niederösterreich** ergibt sich aus dem laufenden Betrieb laut aktueller Studie eine **jährliche Bruttowertschöpfung von 496 Mio. Euro**, ein **Steueraufkommen von 280 Mio. Euro** – sowie ein Beschäftigungseffekt von **1.342 Arbeitsplätzen**. „Nicht dem einzelnen Windrad, aber allen Windkraftanlagen in Österreich zusammengekommen, kommt inzwischen sogar gesamtwirtschaftliche Bedeutung zu“, so IV-Ökonom Helmenstein weiter. „Es geht um Milliardeninvestitionen, tausende Arbeitsplätze und hohe fiskalische Einnahmen für Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherung.“

Für **Österreich insgesamt** wäre **bis 2030** bei einem Investitionsaufkommen von 7 Mrd. Euro (installierter Windkraftleistung von rund 4.000 MW) mit einem **Steueraufkommen von 760**

Mio. Euro, zudem einer **Bruttowertschöpfung von 1,8 Mrd. Euro und 25.000 Beschäftigten** zu rechnen. „Wer heute den Wind nicht erntet, der lässt morgen den Wohlstand ziehen“, so Helmenstein.

Regionale Kraft, nationale Chance

Hinter den Windparks stehen mittelständische, oft familiengeführte Betriebe – Arbeitgeber in strukturschwachen Regionen, in denen Industrie abwandert und der Handel zunehmend ins Internet gezogen ist. Ein Beispiel dafür ist die WEB Windenergie AG mit Sitz im niederösterreichischen Pfaffenschlag. „Windenergie ist in Österreich schon kraft seiner Geschichte Regionenenergie. Als stark wachsender Windpionier aus dem Waldviertel ist die WEB in jeder Hinsicht lokal und regional verankert“, so Stefanie Markut, Mitglied des Unternehmensvorstands. Regionale Unternehmen wie dieses spüren die Effekte des Energiekrisenbeitrags besonders drastisch. „Wir würden gerne jeden Euro in neue Projekte reinvestieren – wenn wir ihn denn behalten dürften“, so Markut. Heimische Investitionen werden durch unüberlegte politische Maßnahmen gefährdet. „Wenn diese Rahmenbedingungen bleiben, sehen wir uns über kurz oder lang schweren Herzens gezwungen, Investitionen verstärkt ins Ausland zu verlagern. Dabei würden wir nichts lieber tun, als unser Herzblut weiterhin in die wichtige Energie-Zukunft Österreichs zu investieren.“

Den Weg für Windkraft freimachen

Damit Österreich das wirtschaftliche und ökologische Potenzial der Windkraft voll entfalten kann, braucht es jetzt entschlossenes Handeln und politische Klarheit: Dazu zählen die faire Gestaltung des Beitrags der Windbranche zum Budgetdefizit, eine echte Beschleunigung der Verfahren sowie eine praxisnahe, stabile und faire Gesetzgebung mit dem derzeit in Regierungskoordination stehenden Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) und österreichweite Lösungen für die Beschleunigung und Finanzierung des Netzausbaus. „Wir könnten zu den geringsten Kosten, den meisten Strom liefern. Und stehen bereit hierfür Milliarden zu investieren – wenn man uns lässt“, so Maringer abschließend.

Über die IG Windkraft

Die IG Windkraft ist die Interessenvertretung der österreichischen Windbranche. Sie vertritt eine aufstrebende Branche, die mit rund 8.000 Arbeitsplätzen aus der gesamten Wertschöpfungskette der Windenergie in Österreich in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt 1,2 Mrd. Euro pro Jahr erwirtschaftet hat. Im letzten Jahr wurden 16 % des österreichischen Stromverbrauchs durch Windenergie abgedeckt. Die Windenergiebranche hat im letzten Jahr 240 Millionen Euro in Österreich investiert und wird heuer rund 500 Millionen Euro in Österreich investieren. Betreiber von rund 95 Prozent der in Österreich installierten Windkraftleistung sind Mitglied des Verbands.

Rückfragehinweis:
Mag. (FH) Gerhard Maier
Mobil: +43 660 9199 010
presse@igwindkraft.at